

NIEDERSCHRIFT
der 28. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 09.05.2016

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Ratssaal Am Kloster 1

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:20 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

- | | | |
|-------------------------------|---|-------------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit | |
| TOP 2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 4 | Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Hauptausschusses | |
| TOP 5 | Antrag Fraktion Bündnis für Gerechtigkeit/GRÜNE - Forderung nach Berichterstattung des Oberbürgermeisters zu "Sicherung des Tierschutzes in Weißenfels" | 027(VI)2016 |
| TOP 6 | Antrag Fraktion DIE LINKE - Einführung einer Feuerwehrrente für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Weißenfels | 029(VI)2016 |
| TOP 7 | Stellenplan | 049/2016 |
| TOP 8 | Beantwortung von Anfragen | |
| TOP 9 | Anfragen und Mitteilungen | |
| Nichtöffentlicher Teil | | |
| TOP 1 | Zuschlagserteilung Ausbau Knoten Leipziger Straße – Promenade (Klingenplatz) | 074/2016 |
| TOP 2 | Zuschlagserteilung Stadtpark Weißenfels – Instandsetzung Stützmauer Am Georgenberg 23 | 077/2016 |
| TOP 3 | Anfragen und Mitteilungen | |
| TOP 4 | Schließung der Sitzung | |

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Freiwald eröffnet in Vertretung von Herrn Risch die Beratung. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es sind 12 Mitglieder anwesend. Damit ist der Hauptausschuss beschlussfähig.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung anerkannt.

3. Einwohnerfragestunde

- keine Bürger anwesend -

4. Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Hauptausschusses

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor. Die Niederschrift der Sitzung vom 25. 4. 2016 ist damit bestätigt.

5. Antrag Fraktion Bündnis für Gerechtigkeit/GRÜNE - Forderung nach Berichterstattung des Oberbürgermeisters zu "Sicherung des Tierschutzes in Weißenfels"

(Ab jetzt Herr Drewitz anwesend = 13 Mitglieder)

Herr Gotthelf erläutert den Antrag und begründet nochmals umfangreich das Anliegen. Die Stadträte sehen den Beschlussvorschlag kritisch, da der Anspruch aus ihrer Sicht zu umfassend sei. Ebenfalls kritisiert werden die Aussagen von Herrn Gotthelf bezüglich der Nichtnennung des Standortes eines angeblich neuen existierenden Tierheims sowie zu angeblichen Problemen der Tierschützer mit dem Ordnungsamt. Hier seien konkrete Aussagen erforderlich.

(Ab jetzt Herr Kungl anwesend = 14 Mitglieder)

Herr Freiwald macht deutlich, dass der OB nur mit der Berichterstattung zu Themen beauftragt werden kann, für die die Stadt Weißenfels auch zuständig sei. Herr Trauer habe bereits mehrfach (auch schriftlich) diese Zuständigkeiten der Stadt erläutert. Er fragt deshalb den Antragsteller, ob an dem vorliegenden Antrag Änderungen vorgenommen werden sollen. Herr Gotthelf lehnt dies ab.

Herr Riemer stellt folgenden Antrag:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister mit der Berichterstattung über den Umgang der Stadt Weißenfels mit herrenlosen Fundtieren in der Stadt Weißenfels.

Abstimmung des Antrages der Fraktion BfG-WV/GRÜNE:

Der Stadtrat beschließt den Oberbürgermeister mit der Berichterstattung über Maßnahmen zur Gewährleistung des Tierschutzes im o.g. Umfang zu beauftragen

a) mit Einbeziehung des Tierheims Blösien

b) ohne Einbeziehung des Tierheims Blösien.

Abstimmung: dafür: 1 dagegen: 12 Enthaltung: 1

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung des Antrages von Herrn Riemer.

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister mit der Berichterstattung über den Umgang der Stadt Weißenfels mit herrenlosen Fundtieren in der Stadt Weißenfels.

Abstimmung: dafür: 13 dagegen: 0 Enthaltung: 1

Damit ist der Antrag angenommen. Der Hauptausschuss gibt dem Stadtrat die vorgenannte Empfehlung zur Beschlussfassung.

6. Antrag Fraktion DIE LINKE - Einführung einer Feuerwehrrente für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Weißenfels

Den Stadträten liegt als Ergänzung zur Stellungnahme der Verwaltung eine Modellrechnung der ÖSA-Versicherung vor. Herr Klitzschmüller beantragt, den Beschlussvorschlag des OB um folgende Ergänzung zu erweitern: „Die Verwaltung bereitet die Einbindung durch Klärung der Detailfragen vor.“

In der Diskussion wird die Frage gestellt, ob die Variante „Rente durch eine Versicherung“ das bestmögliche Modell sei. Es wird darauf hingewiesen, dass Versicherungen hohe Verwaltungskosten ausweisen, bei der monatlichen Zahlung ein sehr hohes Alter erreicht werden muss und dass möglicherweise sogar bei Überschreiten von Grenzen ein Netto-Rentenverlust eintritt.

Aus diesem Grund sollte die Verwaltung Alternativen prüfen. Vorgeschlagen wird z.B. das Einzahlen der festgelegten Summe auf ein Feuerwehr-Sonderkonto der Stadt und die Auszahlung an die Kameraden bei Ausscheiden aus dem aktiven Feuerwehrdienst. Die vorgeschlagene Ergänzung des Beschlussvorschlages des OB diene der Klärung solcher Fragen. Vorgeschlagen wird auch die Kontaktaufnahme mit Städten, die bereits eine Feuerwehrrente zahlen.

Der von der Fraktion DIE LINKE eingereichte Antrag auf Zahlung einer Feuerwehrrente ab dem 1.1.2017 wird von Herrn Klitzschmüller zurückgezogen. Die Fraktion schließt sich dem Vorschlag des Oberbürgermeisters mit der eingangs genannten Ergänzung an.

Der Hauptausschuss stimmt über folgenden Beschlussvorschlag ab:

Das Modell Feuerwehrrente und dessen Finanzierung werden in die Haushaltsdiskussion 2017 eingebunden. Eine Entscheidung zur Feuerwehrrente und dessen Detailfragen erfolgt erst im Falle einer Verankerung im Haushaltsplan der Stadt Weißenfels. Die Verwaltung bereitet die Einbindung durch Klärung der Detailfragen vor.

Abstimmung: dafür: 13 dagegen: 0 Enthaltung: 0
(Herr Wanzke nimmt an der Beratung und Abstimmung aufgrund eines Mitwirkungsverbotes nicht teil.)

7. Stellenplan

Herr Hantscher informiert über das derzeit vorhandene Personal in der Stadtverwaltung hinsichtlich Altersstruktur, Teilzeitquote, Ursachen Krankenstand und die aktuelle Tarifeinigung im öffentlichen Dienst. Er gibt Erläuterungen zum Stellenwegfall und Stellenaufwuchs einschließlich der befristeten Beschäftigungsverhältnisse.

Der Hauptausschuss tritt in eine umfassende Diskussion ein. Es wird heftig kritisiert, dass

- keine Informationen zu Eingruppierungsveränderungen im Stellenplan gegeben wurden (z.B. 11.140 auf A 14)
- Veränderungen sachlich nicht nachvollziehbar sind (Fachbereichsleiterstellen untereinander vergleichbar)
- Stellenzuwachs mit Übernahme von Aufgaben aus einem anderen Fachbereich begründet wird, im abgebenden Bereich jedoch keine Stellen wegfallen, sondern zugleich ein Aufwuchs zu verzeichnen ist
- zusätzliche neue Stellen geschaffen werden (z.B. Abt.Ltr. Personal E 10, Kulturpflege, Museum, Sachvermögen, Gemeindestraßen)

Zur Stelle des FBL I herrscht Unklarheit, ob dies ggf. im nichtöffentlichen Teil zu diskutieren ist. Dies wird letztendlich verneint. Zu den gestellten Fragen zum Stellenaufwuchs im Bauamt werden vom Fachbereich III Antworten gegeben, die die Stadträte nicht zufrieden stellen.

Die Stadträte verlangen, dass dargelegt werden soll, welche der zusätzlichen Stellen tatsächlich erforderlich sind. Herr Bischoff kündigt eine schriftliche Information zu den betroffenen Stellen an.

(Ab jetzt Herr Hanke abwesend = 13 Mitglieder)

Die Stadträte kritisieren heftig die zu erwartende Personalkostenerhöhung aufgrund des Stellenaufwuchses und der Vielzahl der befristet eingestellten Mitarbeiter.

Herr Rauner fordert die Übergabe einer Auflistung aller Mitarbeiter, die derzeit bei der Stadtverwaltung in einem befristeten Beschäftigungsverhältnis stehen oder für die eine befristete Beschäftigung zeitnah vorgesehen ist.

Herr Riemer stellt folgenden Antrag:

Im Stellenplan Teilplan 1 soll die Stelle 11.140 Personalmanagement von A 14 auf A 12 (wie bisher) geändert werden.

Herr Hantscher weist darauf hin, dass dafür eine externe Stellenbewertung vorhanden ist.

Zum vorgelegten Beschlussvorschlag des OB gibt es Irritationen, da der Hauptausschuss nicht zum gesamten Haushaltsplan sondern nur zum Stellenplan eine Empfehlung abzugeben hat.

Herr Freiwald formuliert deshalb folgenden Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den vorliegenden Stellenplan zu beschließen.

Abstimmung: dafür: 2 dagegen: 9 Enthaltung: 2

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Freiwald stellt den Antrag von Herrn Riemer zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den vorliegenden Stellenplan mit folgender Änderung zu beschließen: Stelle 11.140 von A 14 in A 12 (wie bisher)

Abstimmung: dafür: 0 dagegen: 6 Enthaltung: 7

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Riemer erklärt dazu, dass die Fraktion CDU-FDP noch weitere Änderungen einzubringen hat, die in der Diskussion bereits genannt wurden.

Herr Freiwald unterbricht die Sitzung für 10 Minuten zur Beratung der Fraktionen.

(Ab jetzt Herr Drewitz abwesend = 12 Mitglieder)

Im Ergebnis der Beratung einigen sich die Fraktionen auf folgenden Beschlussvorschlag:

Empfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat zu beschließen:

1. Der Stellenplan des Nachtragshaushaltes 2015 bleibt bestehen mit Ausnahme der gesetzlichen Verpflichtungen im Kita-Bereich und vertraglichen Verpflichtungen wie Heinrich-Schütz-Haus.
2. Die Höhe der Personalkosten wird auf den Stand des Jahres 2015 festgesetzt zuzüglich der tariflichen, gesetzlichen und vorgenannten vertraglichen Änderungen.

Abstimmung: dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltung: 1

Die Mitglieder des Hauptausschusses erwarten, dass die erforderlichen Veränderungen durch die Verwaltung vorbereitet werden. Es wird festgelegt, dass eine zusätzliche Beratung des Stellenplans zur abschließenden Diskussion des Haushaltes im Finanzausschuss am 18.05.2016 erfolgen soll. Die Mitglieder des Hauptausschusses sind zur Sitzung des Finanzausschusses einzuladen.

8. Beantwortung von Anfragen

Folgende Beantwortung liegt schriftlich vor:

- Vollstreckung GEZ-Gebühren

(Ab jetzt Herr Wanzke abwesend = 11 Mitglieder)

9. Anfragen und Mitteilungen

Keine.

Ende der öffentlichen Sitzung.